

Umstrittene Maturanote für Theater, Religion oder Sport

Mehr Informatik, mehr Wirtschaft und Recht und ein grösserer Spielraum bei Wahlfächern: So sehen die Gymnasien der Zukunft aus.

Jürg Ackermann

Der Drang aufs Gymnasium ist gross. Vor allem in den Städten. Während in Basel, Genf oder der Stadt Zürich bis zu 30 Prozent aller Schulabgänger eine gymnasiale Matura machen, sind es in ländlichen Gebieten massiv weniger. Im St. Galler Rheintal beispielsweise gehen nur 10 Prozent aufs Gymnasium. Auch in Obwalden oder Glarus liegt die Quote ähnlich tief.

Obwohl immer mehr Eltern wollen, dass ihre Kinder eine Matura haben, um die Chancen auf einem anspruchsvollen werdenden Arbeitsmarkt zu erhöhen, wird sich an dieser Ausgangslage so schnell nichts ändern. Wissensgesellschaft hin oder her: In der Schweiz herrscht ein breiter Konsens darüber, dass die seit Jahrzehnten bei 20 Prozent eingependelte Maturquote dort verharren soll.

Mehr Gymnasiastinnen und Gymnasiasten, so die Ansicht, führten zu einer Verwässerung des Niveaus bei den Hochschulen und verstärkten den Fachkräftemangel in handwerklichen oder technischen Berufen. Diese Haltung zeigt sich auch in der Vernehmlassung zur Maturitätsreform, die kürzlich abgeschlossen wurde.

Oberstes Ziel ist, dass das Niveau in Schweizer Gymnasien so hoch bleibt, dass der prüfungsfreie Zugang an die Universitäten auch in Zukunft garantiert ist. Schon jetzt ist deshalb klar: Einen grossen Wurf

wird es bei der Maturitätsreform kaum geben. So stiess eine von einer Expertengruppe vorgeschlagene Zweiteilung des Gymnasiums in eine je zweijährige Grund- und Vertiefungsphase schon in einer ersten Vernehmlassung auf breite Ablehnung und ist darum vom Tisch.

Verwässerung bei Kernfächern befürchtet

Dennoch sorgt die Reform für Gesprächsstoff. Zu reden gibt vor allem eine angestrebte Ausweitung der Wahl- und Maturafächer. So sollen neu Informatik und Wirtschaft und Recht in allen Kantonen zu Grundlagenfächern werden. Und beim Schwerpunktfach, das jeder Gymnasiast selber wählt und ebenso für die Maturanote zählt, gibt es mehr Wahlmöglichkeiten. Neu sollen hier auch Sport, Religion, Theater, Informatik, Geografie oder Geschichte gewählt werden können. Für das Bestehen der Matura, die neu aus 15 statt wie bisher 12 oder 13 Fächern gebildet wird (inklusive Maturaarbeit), würde diese Note gleich zählen wie Deutsch, Englisch oder Mathematik.

Diese Ausweitung der Wahl- und Grundlagenfächer führt in einzelnen Kantonen zu scharfer Kritik. Damit werde die Anzahl der Maturitätsnoten erhöht und die Bedeutung der einzelnen Fächer reduziert – der Bildungsgang weiter fragmentiert, schrieb der Kanton Baselland in seiner Vernehmlassungsantwort. Ähnlich kritisch äusserte sich der Aargau.



Kantonsschülerinnen in Glarus: Wer eine Matura hat, soll auch künftig prüfungsfrei an die Uni gehen können.

Bild: Gaëtan Bally/Keystone

Diese Befürchtungen teilt Daniel Siegenthaler, der Co-Projektleiter der von Bund und Kantonen angestossenen Maturitätsreform, jedoch nicht. «Mit den neuen Grundlagenfächern Informatik und Wirtschaft und Recht würde die Basis für die Bestehensnorm der Matura leicht erweitert. Beide sind bereits jetzt obligatorische Fächer. Darüber hinaus werden keine neuen Grundlagenfächer für alle Schülerinnen und Schüler vorgeschlagen.»

Politische Bildung und nachhaltige Bildung

Mit der Maturitätsreform, die bis ins Jahr 2027 umgesetzt werden soll, werden 87 Prozent der Lektionen vorgegeben sein, gleich viel wie bisher. Je mindestens 27 Prozent sind für Sprachen und Mint-Fächer wie Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften reserviert, mindestens 12 Prozent für Geschichte, Geografie, Wirtschaft und Recht. Bei einem kleinen Teil der Unterrichtsstunden ha-

ben die Kantone Spielraum, um eigene Akzente zu setzen.

Unumstritten ist, dass Mint-Fächer leicht mehr Gewicht erhalten werden. Auf wessen Kosten ist offen und weitgehend den Kantonen bei der Ausgestaltung der Stundenpläne überlassen. Am ehesten dürfte es wohl die sprachlichen Fächer treffen.

Mit einer ausgebauten Berufs- und Studienberatung sollen die Gymnasiasten besser auf die Zeit nach der Matura vorbereitet werden. Zudem sollen die Schülerinnen und Schüler ihre schriftliche und mündliche Ausdrucksfähigkeit, beispielsweise bei Präsentationen, stärken. Und die Digitalisierung, nachhaltige Entwicklung und politische Bildung sollen in den einzelnen Fächern einen höheren Stellenwert bekommen.

Vor allem letzteres dürfte zu Diskussionen führen. So versenkte der Ständerat im Dezember auf Antrag von Jakob Stark (SVP/TG) einen SP-Vorstoss, der die politische Bildung auf den Berufsschulen stärken wollte.

Diese gehöre in die Eigenverantwortung von Eltern und Schülern, argumentierte die Mehrheit. Zudem wehrt sich die SVP grundsätzlich gegen mehr politische Bildung an den Gymnasien wegen des angeblichen «Linksdralls vieler Lehrerinnen und Lehrer».

Anforderungen sollen überall gleich hoch sein

«Es ist eines der Ziele der Reform, dass die Anforderungen an die Matura in den Kantonen vergleichbarer werden. Sie sollen präziser formuliert werden», sagt Daniel Siegenthaler. Deshalb sei die Überarbeitung des Rahmenlehrplans, wo die inhaltlichen Mindestanforderungen in den Fächern definiert werden, ein ebenso wichtiger Teil der Maturitätsreform. «Das Ziel ist aber nicht eine Vereinheitlichung der kantonalen Maturaquoten, sondern dass Gymnasien Maturandinnen und Maturanden ausbilden, die noch besser auf die Universitäten vorbereitet sind.»

Dennoch stellt sich die Frage: Warum sind die Differenzen bei den kantonalen Maturaquoten seit Jahrzehnten so hoch? 2018 kam der Bildungsbericht des Bundes zum Schluss, es gebe keine empirisch überprüften Faktoren, welche die Unterschiede erklären könnten. Wenn in allen Kantonen in den Gymnasien in Zukunft jedoch gleich viel verlangt wird, müsste das konsequenterweise auch zu einer Angleichung der Maturquote führen. Da nicht davon auszugehen ist, dass Jugendliche in Genf oder Basel intelligenter sind als im Thurgau oder Nidwalden.

Experten gehen jedoch davon aus, dass die Stadt-Land-Unterschiede, sprachregionale Differenzen und der Bildungshintergrund der Eltern auch in Zukunft bei der Wahl zwischen Gymnasium und Berufslehre eine entscheidende Rolle spielen. Die Maturaquoten im Rheintal und der Stadt Genf dürften sich deshalb so schnell nicht angleichen.